

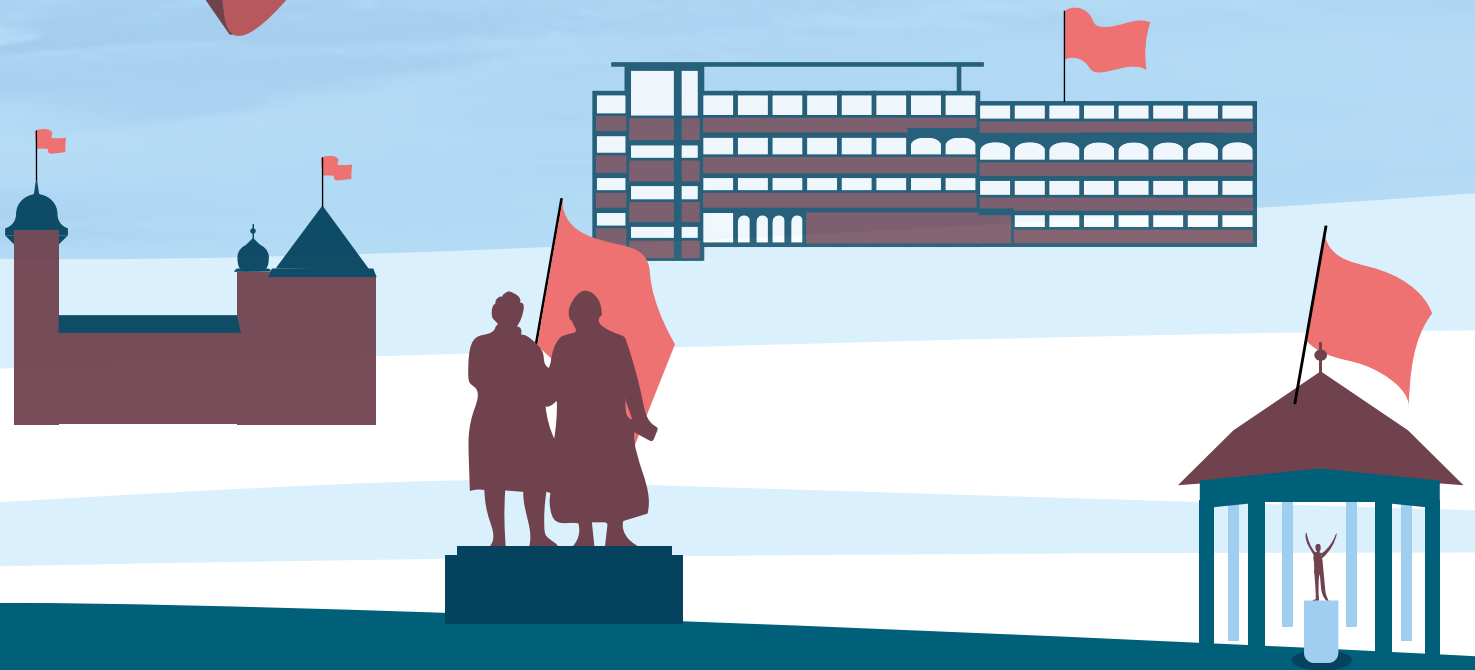
Die Linke

Kreisverband
Apolda-Weimar

#01/2024

DAS ROTE ginkgoblatt

das Magazin der LINKEN in Weimar und dem Weimarer Land



BENJAMIN-IMMANUEL HOFF

»Das Dorf umzingelt die Stadt«

»SCHÖNSTE, KLEINE STADT DER WELT«

Ein Gespräch mit Ulrike Grosse-Röthig

**POLITISCHE EMANZIPATION
BEGINNT IM KLEINEN**

Chantal Kirchner über die Zukunft junger,
linker Kommunalpolitik

LINKE POLITIK FÜR WEIMAR

von Stefan Giebel

EDITORIAL

Das vor euch liegende Ginkgoblatt ist eine lokale Ausgabe und dreht sich ganz um »Weimar und das Weimarer Land«. Der Hintergrund dazu ist, dass in diesem Jahr im Mai Kommunalwahlen sind und wir gerne dazu ein vorbereitendes Heft machen wollten. Es sollte kein unmittelbares Wahlkampfheft werden, sondern ehrlich und authentisch von uns, unserem Lebensumfeld und das, was uns politisch bewegt, berichten: Wie lebt es sich als Linke hier vor Ort? Warum sind wir hier heimisch geworden? Und wo sehen wir die Zukunft unserer Region? Die Idee ist, dass dadurch so etwas wie ein imaginärer Horizont sichtbar wird, welcher uns immer wieder zusammenführt und für eine kollektive, politische Praxis motiviert.

Gleichzeitig wollen wir mit dieser Ausgabe keinen allzu großen konservativen Heimatkitsch (re)produzieren. Im Aufruf zum diesjährigen antifaschistischen und anti-rassistischen Ratschlag in Suhl stellten die Autoren die berechtigte Frage, warum sich in Thüringen »Selbstbild und Gemeinschaft eher anhand von Bratwurst und eigenem Garten als an Klassenzugehörigkeit oder der gemeinsamen Abgehängtheit von Migrant:innen und Eingeborenen der Thüringer Provinz« bilden. Das dem so ist, ist alltäglich erfahrbar und als Linke sollten wir immer an der zweiten Option festhalten. In dieser Ausgabe soll es daher auch über die Spannung zwischen linken Transformationsansprüchen sowie -wünschen und seiner fehlenden Verankerung im Alltagsverstand der Menschen gehen.

Wie immer gibt es auch Artikel außerhalb des Schwerpunktes. Das Thema »Weimar und das Weimarer Land« bildet jedoch die Klammer, welche alles zusammenhält. Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre!

Eure Redaktion des roten Ginkgoblatts

IMPRESSUM:
DIE LINKE
Kreisverband Apolda-Weimar
Vorsitzender: Kevin Reichenbach
Markstraße 17, 99423 Weimar

Die Linke

Kreisverband
Apolda-Weimar

Weimarhallenpark. Bild: Ulrike Grosse-Röthig

INHALT

- 02 Linke Politik für Weimar**
von Stefan Giebel
- 04 Das Dorf umzingelt die Stadt**
von Benjamin-Immanuel Hoff
- 06 »Schönste, kleine Stadt der Welt«**
Ein Gespräch zwischen
Ulrike Grosse Röthig
und Martin Krempel
- 13 Das Große im Kleinen,
das Kleine im Großen**
von Susanne Hennig-Wellsow
- 14 Kommunalpolitik in Weimar –
eine Herausforderung**
von Dirk Möller
- 16 Rechte Raumgreifung
in einer gespaltenen Stadt?**
von Katja Seiler
- 18 Politische Emanzipation be-
ginnt im Kleinen**
von Chantal Kirchner
- 20 Rückblick auf die
KoPoKon23 in Weimar**
von Thilo Schwarz
- 21 Mein Blickwinkel
auf Bad Berka**
von Udo Nauber
- 22 Mit dem Ausschuss auf
»Klassenfahrt«**
von Kevin Reichenbach
- 24 Klimaschutz und
steigende Preise**
von Ralph Lenkert
- 26 Soziale Raketenwissenschaft
statt nur Netze**
von Michel Triemer
- 27 Eine Kurstadt und ihr Erbe**
von Lena Saniye Güngör et.al.
- 28 Kommunalwahl 2024**
Regiere selbst!

Linke Politik für Weimar

von Stefan Giebel



Stefan Giebel im Gespräch. Bild: privat

Der aus dem Griechischen stammende Begriff »Politik« bedeutet nichts anderes als die Kunst, einen Staat zu verwalten. Diese Staaten waren damals kleinere Städte in Griechenland, die anfangen, ihr Schicksal gemeinsam in die Hand zu nehmen. Verbunden mit diesem neuen politischen Verständnis einer gemeinsamen Entscheidung war auch eine Blüte der antiken griechischen Zivilisation. Der Mensch ist ein Wesen, welches von Anfang an auf die Gemeinschaft angewiesen ist. Er braucht den Anderen und er wächst in einer Gemeinschaft auf, die seine Verwirklichung fördert oder einschränkt. Das Individuum gibt der Gemeinschaft das wieder zurück, was ihm die Gemeinschaft ermöglicht hat, zu werden. Die Förderung des Individuums und seine Einbindung sind ein Gewinn für die Gemeinschaft und am Ende wieder für das Individuum an sich.

Das Interesse für die Anliegen einer Stadt haben mich selbst erst zur Politik mit all ihren Höhen und Tiefen gebracht. Die Freude, mich für die Menschen vor Ort einsetzen zu dürfen, ihnen zuzuhören, ihre Bedürfnisse und Anliegen in reale Politik umsetzen zu können, waren und sind meine Motivation geblieben. Für mich steht immer der Mensch im Vordergrund meines Handelns, nicht Arbeitsplätze oder Gewinnmaximierung. Entscheidungen in der Kommunalpolitik sind Mehrheitsentscheidungen. Es gilt, sich Mehrheiten zu verschaffen und sich mit guten und innovativen Ideen einzubringen.

Gerade ein Oberbürgermeister entscheidet wenig selbst, aber er muss Motor und Ideengeber sein.

Für Weimar Politik zu machen, geht für mich nicht ohne die Kenntnis der wechselvollen Geschichte dieser kleinen Stadt in Deutschland. Mit Weimar verbunden sind untrennbar Namen wie Schiller, Goethe, Herder, Wieland, Nietzsche, Cranach, Harry Graf Kessler und viele mehr. Weimar war immerhin 1919 Herzkammer der ersten Demokratie auf deutschen Boden. Doch auch die Zeit der NSDAP-Diktatur ging nicht spurlos an Weimar vorüber. Das Konzentrationslager Buchenwald mahnt uns heute zum Antifaschismus. Eine demokratische Gesellschaft ist überhaupt nur antifaschistisch denkbar. Der Kampf gegen den Faschismus hat leider nie wirklich geendet, sondern es gilt stets vom Neuen, diesen Kampf zu führen. Der Gedanke, dass es Menschen gäbe, die aus unterschiedlichsten Gründen weniger oder mehr wert wären, kommt immer wieder auf. Zumeist bleibt es nicht nur bei diesem Gedanken, sondern er schlägt sich nieder in Taten oder politischen Forderungen. Faschismus ändert sein Gesicht, aber nicht sein Wesen. Der Rechtsruck in den letzten Jahren ist in diesem Zusammenhang erschreckend. Die Erinnerungskultur gilt es daher, gerade jetzt und mehr denn je, zu stärken und als Motor für eine lebendige Demokratie zu nutzen. Zu dieser Erinnerungskultur gehören das Deutsche Nationaltheater und die Gedenkstätte Buchenwald. Weimar ist dabei mehr als nur eine kleine Stadt und sollte in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden.

Der Klimawandel wird einer der großen Herausforderungen der kommenden Jahre werden. Es stellt sich überall die Frage, wie die Städte von heute sich auf die Entwicklung von morgen einstellen. Es wird heißer werden und außergewöhnliche Wetterereignisse werden zunehmen. Um die Temperaturen in den Städten erträglich zu gestalten, ist die Stadtbegrünung zu fördern und Frischluftschneisen zu erhalten. Ein Ansatz hierzu ist die Bepflanzung der Hausdächer. Für extreme Regenereignisse ist die Regenwassernutzung zu fördern, Entsiegelung der Fläche – z.B. bei der Renaturierung des EOW-Geländes - voranzutreiben und die Versiegelung zu minimieren. Um zumindest den Klimawandel abzuschwächen, ist die Dekarbonisierung der Stadt anzugehen. Das heißt, dass wir in allen Bereichen der Stadt den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren, am besten klimaneutral, werden müssen. Balkonkraftwerke, die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs, E-Mobilität, Fernwärmenetze und vieles mehr können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Wichtig bei der Dekarbonisierung der Stadt

ist es, die Menschen auf dem Weg mitzunehmen sowie gemeinsam gangbare Wege zu beschreiten und zu unterstützen. Bei aller Notwendigkeit des Klimaschutzes darf nicht der jeweilige Mensch vergessen werden und seine jeweiligen Möglichkeiten, hierfür beizutragen. Nur sozial gerecht ist Klimaschutz umsetzbar. Dies bedeutet für mich u.a. einen günstigen und gut getakteten öffentlichen Personennahverkehr einzuführen. Mobilität bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft und muss für alle finanzierbar sein. Weimar kann hier Vorreiter werden.

Vergangenheit und Zukunft bieten Chancen und Herausforderungen für Weimar. Die Gegenwart ist am Ende der entscheidende Punkt unserer Existenz, den wir in der Hand haben sollten. Die Gesellschaft von 2023 ist hierzulande im Krisenmodus: Coronapandemie, Krieg, Klimawandel u.v.m. Es gilt bei der Vielzahl an globalen Unsicherheiten, lokal wieder Sicherheiten für die Menschen vor Ort zu schaffen. Sicherheit bedeutet nicht nur die Sicherheit durch Polizei und Justiz, sondern gerade soziale Sicherheit, das Gefühl des Miteinanders. Auch der Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum schafft Sicherheit. Bei der Frage des demografischen Wandels – der Alterung unserer Gesellschaft – stellt sich die Frage, wie wir damit als Stadt umgehen wollen. Weimar sollte nicht den demografischen Wandel fortschreiben, sondern aktiv Angebote aufrecht erhalten, um ihn zumindest für Weimar abzuschwächen. Ich werde mich für Familien und die Angebote für Familien stark machen. Der Familienpass Weimar ist für mich eine Herzensangelegenheit. Er soll die Teilhabe von Familien mit geringen Einkommen am Bildungs- und Freizeitangebot sicherstellen. Auch die Mehrgenerationenhäuser sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, Plätze für die Jugendkultur zu erhalten und zu schaffen. Die vielfältige Schullandschaft in Weimar gilt es zu erhalten. So vielfältig wie Menschen sind, so vielfältig muss auch Bildung sein. Das bisherige Bildungssystem selektiert nachweislich eher nach der sozialen Herkunft statt nach Kompetenzen. In diesem Zusammenhang gilt, dass die TGS Carl Zeiss Gemeinschaftsschule bleiben muss. Gerade in der heutigen Zeit ist es nötig, alle möglichen Kompetenzen der jungen Menschen entsprechend zu fördern und zu unterstützen, sodass jeder seinen Platz im Berufsleben finden kann. Die Ausstattung der Schulen an sich ist zu verbessern. Gute Bildung – unabhängig von der Diskussion um die scheinbar »richtige Schule« – setzt voraus, dass die Ausstattung stimmt. Eine weitere Aufgabe der Gegenwart ist der soziale Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. Hierfür möchte ich die bereits guten städtischen Angebote weiter vernetzen und die Soziale Arbeit ausbauen. Soziale Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention. Aus eigener beruflicher Erfahrung im Strafvollzug weiß ich, wie wichtig Soziale Arbeit sein kann, die Hilfe zu leisten, damit gar niemand erst auf die schiefe Bahn gerät.

»Bei aller Notwendigkeit des Klimaschutzes darf nicht der jeweilige Mensch vergessen werden und seine jeweiligen Möglichkeiten, hierfür beizutragen. Nur sozial gerecht ist Klimaschutz umsetzbar.«

Ein wichtiger Punkt in der kommenden Wahl wird der bezahlbare Wohnraum in Weimar werden. Bezahlbarer Wohnraum bedeutet, sich in diesem Bereich als Stadt zu engagieren. Zum einen gilt es, die Nebenkosten zu reduzieren, und zum anderen die Kaltmiete. Die Nebenkosten können durch Nutzung von Solaranlagen, Brennstoffzellen bei Eigennutzung des Stroms und vieles mehr gesenkt werden. Alle Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung von Seiten der Stadt sind hierfür anzugehen. Die Kaltmiete kann nur reduziert werden, wenn die Stadt sich selbst mehr auf dem Wohnungsmarkt engagiert sowie den Bau von Sozialwohnungen forciert. Dies bedeutet, dass weniger städtisches Eigentum verschleibt werden sollte und für die Menschen vor Ort nutzbar gemacht werden muss. Für mich ist und bleibt die Daseinsvorsorge Aufgabe der öffentlichen Hand. Ein Dach über dem Kopf ist Menschenrecht und nicht eine Frage der Brieftasche.

Natürlich ist unabhängig von allen angesprochenen Bereichen ein linker Politikstil etwas völlig Eigenes. Gerade an der Spitze des Rathauses hat dies mehr Dialog mit den Menschen vor Ort zufolge. Alle Menschen müssen gleichermaßen auf dem Weg mitgenommen und Benachteiligungen abgebaut werden. Weniger das Wissen an sich als vielmehr das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen führt zu Fortschritten. Der Mensch an sich in all seiner Vielfalt steht dabei im Zentrum des politischen Handelns.

»Das Dorf umzingelt die Stadt«

von Benjamin-Immanuel Hoff



Pfarrgarten in Oberweimar mit Kirchturm. Unter dem Kirchturm fließt die Herzquelle entlang. Bild: Constanze Kubitz

Am 30. Oktober beendete die Internationale Bauausstellung (IBA) Thüringen ihre Ergebnispräsentation im Eiermannbau Apolda. Tausende Besucher:innen nutzten die Gelegenheit, sich über die Arbeit der IBA Thüringen in den vergangenen zehn Jahren zu informieren. Vor allem aber über die IBA-Projekte in ganz Thüringen, die Netzwerke auf denen diese Projekte basierten und über die Schlussfolgerungen dieser Bauausstellung, die sich dem Stadt-Land-Verhältnis widmete. In Bedheim entstand ein »Sch(l)afstall«, in der Region Seltenrain »Gesundheitskioske«, das Schwarzwatal wurde zur Modellregion, um nur drei Beispiele zu nennen und zu zeigen, dass die IBA in den Dörfern und Kleinstädten verankert war.

Dass die IBA Thüringen ihr Hauptquartier in Apolda aufschlug, war deshalb folgerichtig. Die vom Architekten Egon Eiermann, dessen Tätigkeit im Nationalsozialismus kritisch zu reflektieren ist, in den Jahren 1938/39 entworfene Feuerlöcher-Fabrik ist nicht nur ein herausragendes Denkmal der industriellen Moderne, sondern ein Fallbeispiel für die Nachnutzung leerstehender Fabrikgebäude. Insoweit trug die IBA Thüringen dazu bei, dass der sogenannte Eiermannbau ökologisch vorbildlich reaktiviert, für diese Leistung ausgezeichnet wurde und auf Dauer Heimat von Kreativwirtschaft ist sowie einige Jahre Heimat des Museums Apolda sein wird. Auch nach dem planmäßigen Ende der IBA wird – dann unter der Federführung der Stiftung Baukultur Thüringen (SBT), die wiederum ihren Sitz im Eiermannbau hat – zum Beispiel in Apolda das noch unvollendete IBA-Projekt des Umbaus der Martinskirche fortgeführt. Folgerichtig war die Standortentscheidung der IBA aber auch deshalb, weil es zu ihren Anliegen gehörte, mit Irrtümern aufzuräumen, die sich hartnäckig halten. Eins dieser Irrtümer besteht in der Annahme, dass es in Thüringen ein Stadt-Land-Gefälle gäbe, dass die Landesentwicklung sich im Wesentlichen entlang der Städteteile parallel zur A4 vollzöge. Anders als in anderen Ländern, in denen einer Metropolregion ein ländlicher Raum gegenübersteht, ist Thüringen geprägt von einem Netz aus Mittel-, Klein- und Kleinstädten. Selbst Erfurt ist mit 220.000 Einwohner:innen eine im bundesweiten Vergleich kleine Großstadt. Apolda, Bad Berka sind also der Regelfall der Thüringer Städte und Weimar zwar die kulturelle Hauptstadt Thüringens, aber gleichwohl ebenfalls eine typische thüringische »Landstadt«. In der IBA zitierten wir deshalb augenzwinkernd Mao Tse Tungs Phrase: »das Dorf umzingelt die Stadt«. Mag Thüringen auch objektiv kein Stadt-Land-Gefälle aufweisen wie zwischen der Lausitz und dem Berliner Speckgürtel oder Halle-Leipzig und dem umgebenden ländlichen Raum, materialisiert sich der Stadt-Land-Gegensatz dennoch. In infrastrukturellen Unterschieden der öffentlichen Daseinsvorsorge (insb. Verkehr und Nahversorgung) und der verbreiteten Überzeugung, »abgehängt« zu sein. Aus dem Blick gerät dabei, dass gut 90 Prozent der Thüringer:innen sich mit ihrer Gemeinde, ihrer Region und dem Freistaat verbunden fühlen. Diese Werte des jährlich unabhängig erhobenen »Thüringen Monitors« entsprechen denen, die bereits 2012 und 2018 gemessen wurden. Mehr noch: Je stärker sich die Thüringer:innen der Heimatgemeinde verbunden fühlen, desto stärker ist auch ihre emotionale Bindung an die Region und das Land – und umgekehrt.

Bei uns im Weimarer Land lassen sich eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten für diese emotionale Bindung an die Heimatgemeinden und –region benennen. In zwar nicht willkürlicher aber bewusst unvollständiger Aufzählung möchte ich einige Orte benennen, die mich beeindruckten und mit denen ich in meiner Arbeit als Kulturminister zu tun habe und denen ich als zeitweiliger Infrastruktur- und Landwirtschaftsminister begegnete.

Schloss Tonndorf als eins der mehr als zweihundert Thüringer Schlösser, Burgen und Herrschaftssitze, ist ein Beispiel dafür, wie ein solches Schloss zum Lebensort von mehr als 60 Personen werden kann. Das Schloss und die 15 ha umliegenden Flächen werden ökologisch und nachhaltig bewirtschaftet. Dort entstanden Arbeitsplätze und mit dem Schlosscafé eine wunderbare touristische Infrastruktur. Der Betrieb des Schloss Tonndorf steht dabei vor weit komplizierteren Rahmenbedingungen als beispielsweise Schloss Ettersberg, das wie Schloss Kromsdorf, zum Liegenschaftsvermögen der Klassik-Stiftung-Weimar gehört. Schloss Ettersburg wird vom Bauindustrieverband Hessen-Thüringen betrieben. Kulturell bedeutsam ist freilich das Veranstaltungsprogramm, das jährlich viele hundert Besucher:innen lockt, zumal der Blick auf den »Pücklerschlag« zu jeder Jahreszeit phantastisch ist.

Das Obere Schloss Kranichfeld und die Wasserburg Kapellendorf wiederum sind im Eigentum der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten. Das Sonderinvestitionsprogramm (SIP) I, mit dem sowohl die Bundesregierung und das Land Thüringen jeweils 100 Mio. EUR für Sanierungsmaßnahmen in Schlösser, Gärten und Burgen bereitstellen, kommt auch dem Wasserschloss Kapellendorf zugute. Gleichwohl zeigt sich im Gespräch mit den Mitgliedern des in diesem Jahr ausgezeichneten Fördervereins, dass Sanierungsmaßnahmen am Schloss das Eine, die Wiederaneignung des Schlosses als kultureller



Benjamin-Immanuel Hoff vor der Burg Kapellendorf. Bild: privat

» Anders als in anderen Ländern, in denen einer Metropolregion ein ländlicher Raum gegenübersteht, ist Thüringen geprägt von einem Netz aus Mittel-, Klein- und Kleinstädten. Selbst Erfurt ist mit 220.000 Einwohner:innen eine im bundesweiten Vergleich kleine Großstadt.«

Mittelpunkt und Gemeinschaftsort der Gemeinde das Andere sind. Für Letzteres braucht es mehr als nur Sanierungsmittel. Entscheidend sind verlässliche Zusagen und eine Mitsprache bei der Entscheidung über die Nutzungsanforderungen an das Schloss und einfache Herrichtung von Räumen, die dann für die Einwohner:innen zugänglich und nutzbar sind.

An der Ordensburg Liebstedt und der Burg Tannroda wiederum zeigt sich, dass private Initiative zur Reaktivierung historischer Kulturdenkmäler einen langen Atem braucht.

Im Freilichtmuseum Hohenfelden, dessen Leiterin, Frau Tschäck, auch Vizepräsidentin des Thüringer Museumsbundes ist, wird die Thüringer Baugeschichte archiviert. Das ist nicht nur spannend, sondern wird in Zeiten der Klimawende immer bedeutsamer. Nicht mehr nur im Denkmalschutz ist es inzwischen Konsens, dass Umbau bestehender Gebäude vor deren Neubau gehen muss und der Abriss von Gebäuden unökologisch. Die Archivierung baukultureller Zeugnisse gibt uns also auch die Möglichkeit, in Hohenfelden von den Techniken früherer nachhaltiger Bauverfahren zu lernen. Es war deshalb nur konsequent, dass die Volkskundliche Beratungsstelle Thüringens aus Erfurt nach Hohenfelden gezogen ist. Und künftig soll ein Zentrum für ländliches Bauen dieses Kompetenznetzwerk verstärken. Ganz bewusst im ländlichen Raum Thüringens.

»Schönste, kleine Stadt der Welt«

Ein Gespräch zwischen
Ulrike Grosse-Röthig und
Martin Krempel

Blick in die Marktstraße. Bild von: Ulrike Grosse-Röthig

Liebe Ulrike, du benutzt für die Stadt Weimar häufig die Formulierung »schönste, kleine Stadt der Welt«. Ich würde gerne mit dir herausarbeiten, was für ein Verständnis von Heimat, Identität und linker Politik sich dahinter verbirgt. Aber zuerst zu deiner Person: Wenn man sich deinen Lebenslauf anschaut, dann stellt man fest, du bist in Weimar geboren, hast in Jena studiert, bist in die Kanzlei deiner Eltern eingetreten, hast hier vor Ort deine Familie gegründet, du bist, kurz gesagt, der Stadt sehr verbunden und zugewandt. Würdest du einmal kurz rekapitulieren, wie du aufgewachsen bist und erklären, wie es gekommen ist, dass du dich dieser Stadt und diesem Bundesland so nahe fühlst?

Meine familiäre Verbindung mit Weimar reicht noch gar nicht so lange zurück. Zuerst sind meine Urgroßeltern väterlicherseits hierher gezogen. Mein Urgroßvater kam aus Berlin und meine Urgroßmutter aus Bad Berka. Meine Familie ist mütterlicherseits sogar erst mit den Großeltern nach Weimar gekommen. Mein Großvater war banater Schwabe und damit deutsche Minderheit im jetzigen Rumänien. Meine Großmutter war Ungarin. Der Banat ist schon sehr lange eine Region mit vielen Nationalitäten. Die beiden sind mit meinen älteren Onkeln nach dem Krieg nach Weimar gekommen, meine Mutter ist in Weimar geboren.

Ich selbst bin in der DDR-Zeit in der Westvorstadt aufgewachsen und war viel bei meinen Großeltern väterlicherseits. Meine Kindheit war tatsächlich sehr geprägt von dem politischen Engagement meiner Mutter, die im ersten Landtag in Thüringen gesessen hat; dadurch hat sich das sehr enge Verhältnis zu meinen Großeltern noch einmal verstärkt. Das hat sich bis zum Schluss - mein Großvater ist mit 97 Jahren gestorben - gehalten. Am Schluss ist mein Großvater in seiner fortschreitenden Demenz quasi zu meinem dritten Kind geworden.

Als ich und meine Freunde Abitur gemacht haben und danach »in die Welt gesprungen sind«, da wollten wir weg. Ich bin in Bayern aufgewachsen, wir haben uns da nie so ganz wohl gefühlt, und die meisten von uns sind dann nach Berlin. Denn in Berlin war das Leben, das Experiment, das Widerständig-Sein. Erst nach ein paar Jahren habe ich gemerkt, dass ich aber auch noch eine andere Seite habe. Ich möchte nicht nur gegen etwas sein, sondern irgendwo auch verbunden und verwurzelt. Dein Sprung nach Jena war nicht so weit. Hat es dich nicht auch etwas weg getrieben?

Rein räumlich habe ich nie einen derart starken Autonomiedrang gespürt. Es hat mich daher nie nach Berlin oder in eine andere Großstadt gezogen, in die Anonymität, das habe ich nie gebraucht. Ganz im Gegenteil: Ich schätze diese Gebundenheit, die diese Stadt und auch ganz Thüringen hat. Tatsächlich habe ich mich damals ebenfalls an der Uni Greifswald beworben, aber Jena hat zuerst zugesagt. Da wäre es auch wieder eine andere, kleinere Universität gewesen.

Und nach dem Studium war für dich klar, dass du in die Kanzlei deiner Eltern gehen wirst? Im Rückblick kann man ja sagen, dass auch Entscheidungen, die einem damals vielleicht kontingent und frei vorkamen, eigentlich schon »vorherbestimmt« waren.

Das ist eine typische Ost-Entscheidung gewesen. Als ich mit dem Studium fertig geworden bin, gab es in Thüringen keine anderen Jobs für Juristen außer in der Anwaltschaft.

In welchem Jahr sind wir da?

Ich habe 2003 das erste Staatsexamen und Ende 2005 das zweite Staatsexamen abgelegt. Damals gab es einen Entschluss der Landesregierung, 8000 Stellen abzubauen. Es gab schlicht – das fällt uns ja heute auf die Füße – in öffentlichen Ämtern keine Stellen. Wer hier in den öffentlichen Dienst wollte, Staatsanwalt oder Richter werden wollte, musste aus Thüringen weg. Alle meine Kommilitonen sind aus Thüringen weg gegangen. Es war daher bei mir auch eine Entscheidung für Thüringen und für Weimar.

Wie war das zeitlich mit der Gründung deiner Familie?

Meine ältere Tochter ist 2009 geboren.

Also schon aus einer Sicherheit heraus.

Ja, im Grunde ganz klassisch konservativ.

Wenn du die Formulierung »schönste, kleine Stadt« verwendest, dann funktioniert diese ja nur in Abgrenzung zu etwas anderem, eben zu der großen Stadt, Berlin, zu der du ja auch eine Beziehung hast. Ist Weimar die schönste, kleine Stadt, weil sie nicht Berlin ist? Oder wie ist das Verhältnis zu bestimmen?

Es gibt eine kleine und es gibt eine große Stadt. Es gibt natürlich viele kleine Städte, aber die schönste ist halt Weimar. Mein Berlin findet, und das ist nicht wirklich repräsentativ, hauptsächlich in Mitte statt, weil alle Termine, die ich habe, finden quasi ausschließlich in Berlin Mitte statt – und da ist es ja auch hübsch. Es ist also nicht eine große, böse Stadt. Mein Berlin ist die Stadt der tausend Lichter und ganz schön, aber es ist halt nicht die kleine Stadt und erst recht nicht die schönste kleine Stadt der Welt.

Ich glaube ja, dass man für solche Erfahrungen den Kontrast braucht. Mir fällt dazu gerade eine kleine Metapher ein, ich weiß nicht, ob ich sie ganz hinbekomme, aber ein Autor hat einmal gesagt, das schönste Gefühl sei, wenn man als Abenteurer auf Reisen geht, eine neue Insel entdeckt, dort seine Flagge hisst, und dann um sich schaut und merkt, Moment mal, das kenne ich doch und merkt, dass man eigentlich wieder zu Hause gelandet ist. In diesem Moment verbinde sich die Lust am Neuen, am Anderen, am Unentdeckten mit dem wohligen



links: Ulrike Grosse-Röthig und Martin Krempel beim Gespräch in der Geschäftsstelle in der Marktstraße 17 in Weimar

Gefühl der Sicherheit und des Geordneten, das ich jetzt doch zu Hause bin – eine Mischung zwischen Aufbruch und dort sein zu können, wo man sich nicht verstellen muss. So stelle ich es mir zumindest manchmal vor, wenn man von Berlin wieder nach Hause kommt ...

Berlin ist halt einfach eine große Welt. Ich fahre dahin und dann ist dort alles möglich und es ist schön und ich mag Berlin gerne und dann komme ich halt wieder zurück in mein kleines, gemütliches Thüringen.

Du hast einmal in einer anderen Situation in Bezug auf Berlin von »Pünktchen und Anton« gesprochen. An was hast du da gedacht?

Ich mag das Buch von Erich Kästner total gern und für mich ist die Weidendammer Brücke ein sehr markanter Ort in Berlin, den ich ganz, ganz eng verbinde mit »Pünktchen und Anton« und der Szene, in der Pünktchen da nachts auf der Brücke steht, die Autos vorbei flitzen, das Berlin der 20er Jahre, so ungefähr. Das mag ich gern. Ich bin fast immer, wenn ich

in Berlin bin, einmal an der Weidendammer Brücke, einfach weil ich den Ort so mag.

... also ich wohne jetzt auch schon über zwölf, dreizehn Jahr hier und es hat ja auch Gründe, warum ich hier bleibe und mich auch hier heimisch fühle, weil es wirklich eine schöne Stadt ist – gleichzeitig gibt es – objektiv gesehen – doch wirklich sehr viele, andere, sehr schöne kleine und mittelgroße, urige deutsche Städte, die ihren ganz eigenen Charakter und Wesen haben, so das ich sagen muss: Ja, Weimar ist schön, aber es ist doch auch etwas Zufall, dass ich jetzt hier bin ... Vieles an Weimar ist ja auch Fassade, oberflächlich, nicht wirklich echt ...

Also, was ich an Weimar ganz objektiv schätze, ist, dass es für seine reine Größe eigentlich immer zu viel ist. Es ist wie so eine Tapete, auf der zu viel Muster ist, aber trotzdem ist sie schön. Wie so eine Barocktapete, bei der ich denke: Hola, das ist etwas too much, aber eigentlich ist sie doch sehr schön. Die ganze Welt kommt hier zu Besuch. Im Sommer haben wir hier Touristen aus allen Herren Ländern, man bekommt hier Hochkultur und kleine Festivals.

Jetzt haben wir viel über Weimar gesprochen. Dahinter steht aber noch die größere Frage: Was ist eigentlich Heimat und Zugehörigkeit für Linke? Es gibt den antifaschistischen Satz: »Links ist da, wo keine Heimat ist.« Ich kann spontan nachvollziehen, wo er herkommt und zugleich, dass er nicht stimmt, weil für mich linke Menschen und Genossen auch immer ein Heimatgefühl teilen. Als ich in meiner Jugend Freunde in besetzten Häusern besucht habe, dann war da immer ein Heimatgefühl, was jeder gespürt und gekannt hat. Deswegen habe ich es den Linken nie abgenommen, wenn sie sagen »Links ist da, wo keine Heimat ist«, aber das da eine Spannung drinnen steckt, das nämlich die, die die Heimatliebe voran stellen, immer auch den Ausschluss von Personen mit meinen, empfand ich ebenso deutlich.

Das liegt daran, dass die konservative Seite von Heimat, die du damit ansprichst, extrem auf die Mehrheitsgesellschaft bezogen ist. Das kann ich nur schwer ertragen, weil das spiegelt nicht wieder, wie ich Thüringen und die Welt sehe. Mein Heimatbegriff speist sich dagegen aus dem unbändigen Gefühl »Das muss besser werden«, »Das darf kein Traum sein«, wir müssen in kleinen Schritten, für all die Menschen, die bei mir auf dem Schreibtisch landen, etwas tun und dieses Land besser machen. Heimat ist keine abwaschbare Tischdecke in Blau-Weiß-Karriert, sondern eine bestickte Leinentischdecke. Deine Oma hatte so eine bestimmt auch... mit so großen, bunten Blumen ... Die lassen sich unfassbar schwer waschen, die lassen sich unfassbar schwer bügeln, und irgendwie sind die Blumen schon etwas angefasst, und da ist ein Kaffeefleck, der nicht mehr raus geht – und trotzdem ist es die schönste Tischdecke von allen, gerade weil sie so bunt und nicht perfekt ist.

Und eigentlich ist die Infrastruktur, die wir hier haben, überhaupt nicht gerechtfertigt für so eine kleine Stadt, wenn nicht die ganze Welt hierher käme und die Welt mitbrächte, wenn nicht die vielen ausländischen Studierenden da wären, die z.B. die Hochschule für Musik erst zu dem machen, was sie ist. Wahrscheinlich bin ich da auch einfach empfänglich dafür, das kann schon auch sein, weil ich überall das Gefühl habe, dass es viele kleine Widerhaken gibt... Wenn du hier an der Musikschule vorbei gehst, im Sommer, und gerade kommen die grünen Blätter aus den Bäumen, die Fenster sind offen, du hörst die Proben dort und gleichzeitig schaust du auf das Bauhaus Museum, da gibt es Form und Design, und alles verbindet sich zu so einer eigentlich viel zu engen, aber doch wunderbaren Mischung.

Ich bin hier heimisch geworden, weil der Zug 15 Minuten nach Jena und nach Erfurt braucht.

lachen

Ich glaube, es fällt mir halbwegs leicht, mit Menschen in Beziehung zu treten, das ging meiner Mutter auch schon so, und deswegen sind wir mit den Menschen hier relativ eng verbunden. Wenn ich jemanden in meinem Jahrgang hier in Weimar begegne, fragt man sich eher, warum sind wir uns denn vorher noch nicht begegnet.

Daran merkt man wirklich deine Verwurzelung. Mein Problem mit Weimar ist eher: die, die hierher kommen zum Studieren, die bleiben nicht hier ... Ich bin aber jemand, der hier geblieben ist ...

Ich glaube, es bleiben viele hier. Mein Großvater ist auch ein Hiergebliebener.

Ok, vielleicht ist das dann auch eine Verzerrung, aber in den Milieus, in denen zumindest ich mich bewege, also die Künstler und Geisteswissenschaftler, ist das nicht so ...

Ja, das stimmt, aber bei den Ingenieuren und Architekten ist das so, die machen etwas mit dieser Stadt. Es kommen immer wieder neue Menschen nach Weimar, machen etwas mit dieser Stadt und passen sich aber auch dieser »Kompaktheit« an – und das auch schon seit mehreren Generationen ... auch das ist ein Geheimnis davon, dass Weimar schon immer mehr ist, als es eigentlich sein dürfte.



Bauhaus-Besetzt: Im Januar 2023 besetzten Studierende die Bauhaus Universität um einen Raum für Diskussionen um die aktuellen Krisen der Welt zu schaffen. Bild: Gruppe Bauhaus.Besetzt

Meine Politik ist, um in der Metapher zu bleiben, zu sehen, wo sich die Fadenenden lösen, zu sehen, wo das Hartz4 nicht reicht, wo es mit den Kindern nicht hin haut, wo die Ausländerbehörde nicht reagiert und genau da anzusetzen. Mir ist auch schon vorgeworfen worden, ich hätte ein sehr matriarchales Denken, das ich dafür Verantwortung fühle. Dass ich nicht umhin kann, in Verantwortung zu gehen für so etwas. Das Sorgende kann auch übergreifend sein. Das ist eine Gratwanderung. Es ist mir jedoch ein inneres Bedürfnis, in Verantwortung zu gehen und die Dinge zu verbessern.

Der Landesverband hat vor kurzem eine Bilanz-Broschüre heraus gegeben und ich habe einmal die vorherigen daneben gelegt und da ist mir aufgefallen: Bei den älteren Broschüren stehen Sache wie »Für eine offene und solidarische Gesellschaft« oder ähnliche Formulierungen; in der aktuellen steht, z. B. im Klappentext, dass wir »Thüringen erhalten wollen« oder »Thüringen, wo das Herz klopft«. Viele Formulierungen, die sich durchziehen und sich auch bildlich wiederholen, drehen sich um: unser Land. Woher kommt diese Leichtigkeit konservative Formeln aufzugreifen und zu benutzen?

Mein Ansinnen ist, für jeden Menschen, egal, wie er ist und wie er denkt, die Möglichkeit zu schaffen, hier in Thüringen zu sein und das zu sein, was er ist. Von mir aus: besetzt das leer stehende Haus dort, bemalt es bunt, wählt eure Lebensform, die müssen wir akzeptieren, ob mir das gefällt oder nicht, ist eine ganz andere Frage. Wir müssen den Boden schaffen – und das ist mein linkes Ansinnen – den Boden schaffen, für jeden, der hier mit uns leben will, auf seine Weise, ohne dass ich vorschreibe, wie diese Weise zu sein hat. Da treffe ich wieder das, was wir ganz zu Anfang, als wir uns kennen gelernt habe, diskutiert haben, dieser Liberalismus, der trifft da sehr auf mich, das ich sage: Es hat doch jeder das Recht, sich zu entfalten, wie er möchte, so dass jeder angstfrei und in Sicherheit leben kann.

Und da ist Heimat dann so eine Art Schutzraum?

Ja, Schutzraum dafür, dass man sich so entfalten kann, wie man möchte.

Das verstehe ich. Ein linker Standpunkt müsste aber doch etwas mehr sein als liberale Grundfreiheiten für jeden. Zumindest fragt man sich doch, was sind denn die Möglichkeitsbedingungen, dass man dem auch nachgehen kann. Man kann ja sagen, Bildung ist für alle formal zugänglich, aber...

...die Realität sieht anders aus, ich weiß. Links wäre, dafür zu sorgen, dass die Realität anders wird. Den Traum zu träumen und ihn in die Realität zu übersetzen.

Mir persönlich ist es wichtig, dass der Aspekt Traum nicht vergessen wird, weil ich glaube, dass es gerade auch für die Realpolitik Träume braucht. Woher nimmt man ansonsten die Kraft für das typische Bohren der dicken Bretter?



1

Ja, da stimme ich dir zu. Das ist gerade auch ganz aktuell. Wir träumen den Traum des kostenfreien Kindergartens. Das ist aber haushaltstechnisch in diesem Jahr nicht umzusetzen. Aber deswegen kann ich ja nicht aufhören, es zu fordern und dran zu bleiben.

Aber es bleibt trotzdem auch eine gewisse Zerrissenheit, oder?

Man braucht eine große Frustrationstoleranz. Man heult vielleicht mal in sein Kissen, aber am nächsten Tag steht man auf und arbeitet weiter an den kleinen Schritten. Ich kann ja nicht aufhören, nur weil es jetzt nicht funktioniert. Wir können nicht aufhören zu träumen.

Folgeseiten: Unserem Aufruf, Impressionen und Eindrücke »ihres« Weimars und Weimarer Lands einzusenden, sind einige Genossinnen gefolgt.
Bilder von
Constanze Kubitz: 3, 4, 9
Lisa Günther: 10, 11
Ulrike Grosse-Röthig: 1, 2, 5, 6, 7, 8, 12
Vielen Dank!



2



3



4



5



6



Das Große im Kleinen, das Kleine im Großen

von Susanne Hennig-Wellsov



Susanne Hennig-Wellsov in einer Diskussionsrunde. Bild: Linda Laub

der Vielen in unseren Kommunen, mit dem die großen Veränderungen unserer Zeit lokal und praktisch »übersetzt« werden. Das sind keine Kleinigkeiten: Wie läuft die Energiewende hier bei uns, wie gestaltet sich der ökologische Umbau, wie schaffen wir es, Chancen für alle gleichermaßen zu stellen, wie geht es mit der Schule weiter, wie lange gibt es die Kaufhalle noch, wie können wir den örtlichen Handwerksmeister unterstützen?

Deshalb stehen bei unserem Engagement für Veränderung auch diejenigen im Vordergrund, die Subjekte dieser Veränderung sind und sein wollen – die neuen Nachbarn und alten Kolleginnen, die Bürgermeister und Ortsbeiräte, die Lehrer und Pflegerinnen, die Klimabeauftragten und Handwerksbetriebe, die Bibliothekarinnen und Seniorenkreise, die Familien und die demokratischen Mitbewerber, mit denen wir um Lösungswege streiten.

Politik vor Ort sei besonders wichtig, wird oft gesagt. Und das zu Recht. Es geht dabei nicht bloß um irgendein hinten angehängtes Kapitel in einem politischen Programm, nicht um irgendein Anhängsel wichtigerer Fragen, nicht bloß um die letzte Etappe der Umsetzung.

Politik vor Ort ist der eigentliche Kern von Veränderung. Der Begriff der »politischen Heimat« bekommt hier eine weitere Facette: Unsere Vorstellungen von den Möglichkeiten, die jede und jeder haben sollte, von der Infrastruktur, in der wir unseren Alltag bewältigen, der Versorgungsleistungen und kulturellen Angebote, auch von gelebter Nähe und praktiziertem Respekt – all das hat immer eine spezielle örtliche Dimension. Wir zeigen dort konkret, welche Vorstellungen wir allgemein davon haben, was unserer Auffassung nach für alle Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft, von Beruf und Vorlieben erfüllt sein sollte, damit sie ein gutes Leben führen können.

Ihre »Geschichte machen« die Menschen dann aber selbst. Was wir beitragen können, ist: die Möglichkeiten dafür zu schaffen, das frei, gleich und kooperativ zu tun. Das geht natürlich nicht ohne Entscheidungen auf der Bundes- und Landesebene. Wirklichkeit wird das Große aber erst im Kleinen, wo aus dem Kleinen das Große wird – in Weimar, im Weimarer Land und anderswo.

» Kommunalpolitik ist konkret und vielfältig.« Mit diesem Satz beginnen jene Leitlinien unserer Partei, in denen es um das Engagement vieler tausend ehren- und hauptamtlicher kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger geht. Linke Politik vor Ort ist aber nicht nur konkret und vielfältig, sie ist das Große im Kleinen – und dabei das Kleine im Großen.

Welche der großen Herausforderungen wir auch in den Blick nehmen, bewältigt werden diese am Ende des Tages von den Menschen zu Hause. Von der öffentlichen Daseinsvorsorge über die Migration bis zum klimagerechten Umbau, all das wird vor Ort gestaltet, findet dort erst im Kleinen seine konkrete und vielfältige Form.

»Politik vor Ort ist der eigentliche Kern von Veränderung. Der Begriff der »politischen Heimat« bekommt hier eine weitere Facette.«

Zu Hause, das sind für mich auch das Weimarer Land und die Klassikerstadt. Wenn ich als Bundestagsabgeordnete an zu Hause denke, kommen mir natürlich Finanzzuweisungen und Bundesgesetze in den Sinn. Aber vor allem denke ich an das Engagement

Kommunalpolitik in Weimar – eine Herausforderung

von Dirk Möller



Dirk Möller. Bild KV Apolda-Weimar

Seit 1990 »mache« ich Kommunalpolitik. Ab 1995 im Stadtrat in Weimar. Einen Ausflug in die Landespolitik habe ich von 2012 bis 2014 unternommen. In dieser Zeit bin ich der Kommunalpolitik immer treu geblieben, weil ich das politische Wirken in der Kommune als sehr wichtig empfinde bzw. kommunales Agieren das landespolitische Arbeiten »erdet«. Als ich Mitglied des Kreistages Weimar-Land wurde, hatte ich keine Erfahrung in kommunalpolitischer Arbeit, so wie der größte Teil der nach der Wende kommunalpolitisch Aktiven. Es war alles neu. Vieles war noch nicht geregelt. Es wurde oft pragmatisch und unkonventionell gehandelt. Vieles schien möglich. Es war eine verrückte und spannende Zeit. Als Kreistagsmitglieder wollten wir etwas für den Kreis erreichen. Neben diesem Ziel war mir wichtig, auch die PDS-Sicht auf die zu bewältigenden Aufgaben einzubringen und natürlich auch Vorschläge aus linker Sicht zu machen.

Das war und ist immer mein Antrieb gewesen – die Sicht der Betroffenen in die Kommunalpolitik einfließen zu lassen und Lösungsansätze von links einzubringen.

Da ich seit Dezember 1990 Bürger von Weimar bin, kandidierte ich 1994 für den Weimarer Stadtrat. Seit vielen Jahren bin ich Fraktionsvorsitzender und war mehrere Legislaturen Vorsitzender des Kulturausschusses des Weimarer Stadtrates. Ich bin in Weimar geboren und im Landkreis aufgewachsen. Ich fühle mich als Weimarer, aber nicht so als »Ureinwohner«. Ich sah und sehe mich als jemanden der von außen auf die Stadt schaut. Das kann in der Stadtpolitik mitunter hilfreich sein.

Weimar mag ich sehr. Die Widersprüche in der Geschichte der Stadt, ihr kulturelles Selbstverständnis, ihre Vielfalt der Angebote von Klassik bis Moderne bzw. von DNT bis Gerberstraße und die Buntheit der Stadtgesellschaft haben es mir angetan.

Weimar ist nicht das »Disneyland für Deutschlehrer«, wie der Spiegel einst schrieb. Weimar ist vielfältig und bunt. Fasziniert bin ich immer wieder von den scheinbar separat agierenden Communitys in dieser Stadt, die sich dann aber doch gegenseitig durchdringen und dadurch viel Gutes für diese Stadt erreicht haben.

Aus meiner Sicht muss man sich als linker Kommunalpolitiker darüber im Klaren sein, dass in dieser Stadt ein liberaler kulturbürgerlicher Geist herrscht, der den kulturellen Angeboten sehr zugetan ist, diese auch trägt und einen langen Atem im Kampf gegen Nazis hat.

Doch damit wäre die Weimarer Stadtgesellschaft unvollständig beschrieben. Weimar sind auch Menschen, die sich eine Wohnung im Stadtzentrum nicht leisten können, die für manche Kulturangebote kein Verständnis haben und andere Prioritäten bei ihrer Lebensgestaltung setzen.

Diese Bandbreite in der Kommunalpolitik unterzubringen ist nicht immer einfach. Dabei habe ich immer darauf geachtet, dass die eine Seite nicht gegen die andere in Stellung gebracht wird. Wichtig ist mir auch, Realitäten anzuerkennen und von da aus Alternativen anzubieten und dafür zu streiten.

Verbindungen zu Vertreter:innen der verschiedenen demokratischen Communitys in der Stadt bzw. zur Stadtverwaltung macht Kommunalpolitik erfolversprechender.

Auf Erfolge kann ich durchaus zurückblicken. Mit dem OB-Wahlkampf 2006 konnten wir viele

Menschen erreichen. Ich habe viel Zustimmung und Zuspruch erfahren, was ich auch als Würdigung meines bis dahin geleisteten kommunalpolitischen Engagement werte. Leider haben wir es nicht in die Stichwahl geschafft. Es wurde ein ehrenvoller dritter Platz.

»Die Widersprüche in der Geschichte der Stadt, ihr kulturelles Selbstverständnis, ihre Vielfalt der Angebote von Klassik bis Moderne bzw. von DNT bis Gerberstraße und die Buntheit der Stadtgesellschaft haben es mir angetan.«

Die Selbständigkeit des Deutschen Nationaltheaters mit seiner Staatskapelle war mir ein großes Anliegen. Mit der Mobilisierung vieler Menschen in der Stadt bzw. der Unterstützung der Initiative zum Erhalt der Selbständigkeit des DNT und das beharrliche Streiten für das Weimarer Modell wurde es möglich, eine Entscheidung herbeizuführen, die die Eigenständigkeit des Weimarer Theaters sicherte.

Es gab eine Zeit, da war man der Meinung, dass städtische Haushalte nur durch den Verkauf städtischer Wohnungsgesellschaften saniert werden können. Viele erinnern sich noch an die Diskussionen über den Verkauf städtischer Wohnungen in Dresden. Auch in Weimar wurde dies diskutiert. Linke Kommunalpolitik hat in Weimar mit dafür gesorgt, dass sich im Weimarer Stadtrat eine Mehrheit gegen einen Verkauf von Wohnungen der Weimarer Wohnstätte ausgesprochen hat. Stattdessen haben wir der Weimarer Wohnstätte die Aufgabe übertragen, die städtischen Schulen zu sanieren. Die Schulen sind im Wesentlichen durchsanert und die Weimarer Wohnstätte kann nach wie vor Wohnungen anbieten, die weit unter einer zweistelligen Miete pro Quadratmeter liegen. Leider gibt es davon zu wenige im Bereich der Innenstadt.

Weimar wird weiter wachsen. Denn für viele Menschen ist die Stadt attraktiv als Arbeits- und Wohnort. Das stellt die Stadt vor neue Herausforderungen. Zukünftig müssen Antworten für bezahlbare Wohnungen, nachhaltige Infra- bzw. Verkehrsstruktur und die Sicherung der Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt gefunden werden. Dies sind Themen für die auch Antworten aus der linken Kommunalpolitik gegeben werden müssen.

Ich bin optimistisch, dass das auch zukünftig gelingt.



Intervention am Herderplatz. Bild: Ulrike Grosse-Röthig

Rechte Raumbgreifung in einer gespaltenen Stadt?

Ein Kommentar von Katja Seiler

Wie es heute mit der Demokratie in Weimar steht, untersuchte eine kürzlich veröffentlichte Analyse zum lokalen Aktionsplan (LAP). Ausgehend von einer sehr starken sozialen Segregation wurden vier Räume (Weimar-Zentrum und Südstadt, Weimar-West, Weimar-Nord und Weimar-Schöndorf) definiert, in denen u.a. die wirtschaftliche Situation, die demografische Entwicklung, politische Einstellungen und Wahlverhalten untersucht wurden. Weitere Schwerpunkte bildeten die Situation des Rechtsextremismus und der Zivilgesellschaft sowie die Analyse der Ressourcen, welche der rechten Raumbgreifung, die auch in Weimar stattfindet, entgegenwirken könnten.

Der Raum Weimar-Zentrum und Südstadt unterscheidet sich bei dieser Betrachtung im Wesentlichen von den anderen Räumen durch die hohen Mietpreise, die es vorwiegend finanziell besser gestellten Einwohner:innen ermöglicht dort zu wohnen und die Tatsache, dass sich dort fast ausschließlich alle Kultur- und Bildungsstätten, die Stätten der Weimarer Klassik befinden. Hier wohnen über 31.000 Einwohner:innen, fast die Hälfte der Weimarer Gesamtbevölkerung. Die über 4000 Studierenden der Bauhaus-Universität und fast 800 der Musikhochschule Franz Liszt wohnen in Wohnheimen oder Wohngemeinschaften, zumeist im Zentrum und in der Südstadt. Die hier lebenden Menschen haben die notwendigen materiellen und zeitlichen Ressourcen, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen und ihre Freizeit nach ihren Wünschen zu gestalten. In Weimar-West, Weimar-Nord und Weimar-Schöndorf hingegen wohnen viele Menschen, die nur über ein kleineres Einkommen verfügen oder Sozialleistungen beziehen. Die Arbeitslosenzahl ist hier, in Weimar-West bei 8,4 Prozent, Weimar-Nord 7,7 Prozent, Schöndorf 7,5 Prozent, vergleichsweise hoch. Alle drei Gebiete sind geografisch durch Eisenbahnlinien von der Kernstadt abgetrennt und teilweise kaum fußläufig erreichbar. Ein Besuch der Innenstadt ist mit zusätzlichen Kosten für den öffentlichen Nahverkehr verbunden. In ihnen wohnt der größte Anteil von den knapp 10 Prozent in Weimar lebenden Einwohner:innen ohne deutschen Pass. In diesen Ortsteilen wohnen die Menschen, mit deren Einkommen keine teuren Mieten bezahlt werden können, die sich Sorgen machen, ob das Geld bis zum Monatsende ausreicht. Bei der Bundestagswahl 2021 erzielte die AfD in diesen Ortsteilen 25 bis 30 Prozent der Erststimmen. In der Kernstadt und Südstadt dagegen wurde die AfD mit

10 bis 15 Prozent der Erststimmen gewählt. Vor allem in der Innenstadtnähe konnte die rechtsoffene Partei »Die Basis« viele Stimmen gewinnen. In Parkvorstadt und Schönblick erreichte sie bis zu 4,4 Prozent der Stimmen.

Die Analyse des LAP konstatiert: »Das Erstarren einer diffusen Mischszene von Protestierenden in der Corona- und Energiekrise im Kontext der Montagsdemonstrationen [...] deutet auf »Geländegewinne« der populistisch agierenden, radikalen Rechten in den letzten Jahren auch in Weimar hin«. Im Landesvergleich zählt Weimar die drittmeisten Fälle politisch rechts motivierter Kriminalität pro 100.000 Einwohner:innen. Die Zahl der rechtsradikalen Aggressionen ist ansteigend. Öffentlich bekannt geworden sind z.B. das Absägen der Bäume des Gedenkprojektes »1000 Buchen«, das Beschmieren von Stolpersteinen oder die Übergriffe auf das linksalternative und queere Café Spunk. Dass im Herbst 2022 in ganz Weimar West Hakenkreuz-Graffiti an öffentliche Gebäude und im öffentlichen Raum gesprüht wurden, ist kaum bekannt. Vielmehr wurde die unverzügliche Entfernung veranlasst, ohne lokale Akteure aus dem Ortsteil darüber in Kenntnis zu setzen und im bestehenden Netzwerk aus Sozialraumteam, Mehrgenerationenhaus, Jugendklubs und Schulen die Vorkommnisse zu thematisieren und zu beraten, wie der Verbreitung rechten Gedankenguts entgegengewirkt werden kann. In den Interviews der Analyse wurde beklagt, dass die Stadt oft nicht angemessen oder erst zeitverzögert reagiert. Im Falle der Hakenkreuz-Schmierereien in Weimar West reagierte sie gar mit Ignoranz. Was nicht bekannt wird, muss nicht diskutiert werden. Dabei zeigen die Fakten zum Wahlverhalten, dass gerade in Ortsteilen wie Weimar West eine Auseinandersetzung mit neonazistischem und rechtsextremistischem Gedankengut erforderlich ist. Wählen die Verantwortlichen der Stadt und ihrer Gesellschaften diesen Weg nur, weil er bequemer und weniger zeitaufwendig ist, oder hat das auch was mit Vorurteilen gegenüber den dort lebenden Weimarer:innen zu tun? In Weimar West wurde eine antirassistische Ausstellung, die zuvor am Goetheplatz beschädigt und teilweise zerstört wurde, von Beginn an nur während der Öffnungszeiten des Mehrgenerationenhauses im öffentlichen Bereich gezeigt. Es werden hier erneut Vorurteile bedient. Auch auf Anfrage waren Vertreter:innen des BgR nicht bereit, die Ausstellung wie am Goetheplatz dauerhaft im öffentlichen Raum in Weimar West zu belassen.



Katja Seiler (3.v.l.) auf der KoPoKon 2023 in Weimar. Bild: Die Thüringengestalter

»Das gesellschaftliche Klima ist geprägt von Vorurteilen, Stigmatisierung und Abgrenzung. Diese wirken nicht nur im bürgerlich-konservativen Lager, sie reichen bis in die urbane Stadtgesellschaft.«

Was die Analyse zu wenig beleuchtet, sind genau diese Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebensorten und Lebensverhältnissen der dort lebenden Menschen. Das gesellschaftliche Klima ist geprägt von Vorurteilen, Stigmatisierung und Abgrenzung. Diese wirken nicht nur im bürgerlich-konservativen Lager, sie reichen bis in die urbane Stadtgesellschaft. Im Stadtrat erleben wir kontinuierlich die Ablehnung von Initiativen unserer Fraktion, um die Folgen der Inflation wie erhöhte Wohnnebenkosten und Lebensmittelkosten abzumildern und Menschen mit kleinem Einkommen den Zugang zu Kultur-, Bildungs- und Sportangeboten zu erleichtern. Linke Kommunalpolitik muss stets an der Seite dieser Menschen stehen, für und bestenfalls mit ihnen gemeinsam für ihre Rechte eintreten. Zahlreiche Anfragen und Anträge der Linken Fraktion im Weimarer Stadtrat bezogen sich auf die Erhaltung

und Schaffung öffentlicher Räume für Begegnung und Austausch, auf bessere Beteiligung der Bürger:innen an Entscheidungen, die sie direkt vor Ort betreffen. Wir beantragten, die Ticketpreise für Busfahrten zu senken und einen Kurzstreckentarif zum kleinen Preis zu etablieren sowie die Weiterfinanzierung des Gaswerkes Weimar für kostenfreie Kulturangebote in und für die soziale Stadt Weimar West. Die Handlungsempfehlungen der Analyse des LAP Weimar wurden zum Teil in Form von Anträgen durch die Linke Fraktion im Stadtrat Weimar eingebracht. Auch wenn aktuell wenige Anträge eine Mehrheit finden, ist es wichtig, die Anträge einzubringen und öffentlich zu diskutieren. Die öffentliche Debatte trägt letztlich zum Zusammenhalt und der Stärkung demokratischer Einstellungen bei.

»Was ist linke Kommunalpolitik? Das gute Leben für alle im Kleinen zusammen mit den Menschen vor Ort erkämpfen und dabei nicht den Blick für die systematischen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus verlieren.« Zitat aus einem Seminar der bundesweiten linken kommunalpolitischen Konferenz (KoPoKon), die im September im mon ami stattfand. Ein Grundsatz, an dem wir weiter arbeiten sollten.



Link zur Studie:

<https://ejbweimar.de/workspace/dokumente/situations-und-ressourcenanalyse-fuer-den-lap-weimar.pdf>

Politische Emanzipation beginnt im Kleinen

Über die KoPoKon und die Zukunft junger, linker Kommunalpolitik – von Chantal Kirchner



Chantal Kirchner auf der KoPoKon. Bild: Linda Laub

Am Wochenende vom 15.09. bis zum 17.09.2023 fand in Weimar im mon ami die 2. KoPoKon der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Die Kommunalpolitische Konferenz ist ein Format zur Vernetzung und zum Austausch von kommunalpolitisch engagierten Menschen aus ganz Deutschland. Diese Möglichkeit habe ich mit Hinblick auf das Superwahljahr nächstes Jahr wahrgenommen und es war ein sehr besonderes Wochenende mit vielen schönen Momenten und Herausforderungen.

Neben einer Stadtführung am Freitagnachmittag, die selbst für mich als historisch interessierte Person noch einiges Neues bereithielt (wer weiß zum Beispiel, dass Adolf Hitler persönlich den Auftrag für das Atrium als Aufmarschhalle gab) und eines Quizabends über linke Politik, haben wir in vielen verschiedenen Workshops über kommunale Wärmeplanung, den Umgang mit rechten Vertreter:innen und der Art und Weise wie man mit Bürger:innen spricht, gearbeitet.

» Das ist auch ein Grund weswegen ich Politik mache und den Mut haben möchte, es einfach zu tun. Ich möchte Menschen berühren und wenn man dann zu hören bekommt, dass man das schafft, indem man einfach man selbst ist, tut das verdammt gut.«

Die Menschen, die mich kennen, wissen, dass ich eher ruhig bin und es mir schwer fällt vor Menschen zu sprechen. Da ich dies mit Blick auf die Zukunft ändern möchte, habe ich den gesamten Samstag der Kommunalpolitischen Konferenz im Workshop von Frank Schwarz verbracht, dem »Argumentations- und Medientraining«. Frank ist eigentlich Sportjournalist, der zum Beispiel für das ZDF die »Tour de France« moderierte. Des Weiteren hat er aber auch 10 Jahre für die Bundestagsfraktion gearbeitet und dort die Bilder und das Social Media gemacht. Heutzutage bietet er solche Workshops wie den zur KoPoKon an.

Dort sollten wir uns erst einmal vorstellen, wobei es weniger darum ging, was wir sagen, sondern eher darum, wie wir es herüberbringen. Wir haben uns dann Feedback gegeben, was wir gut gemacht haben und was wir besser machen können. Wer wollte, konnte sich dabei sogar von Frank filmen lassen, um selbst zu sehen, wie er oder sie auf andere wirkt.

Später haben wir uns Ausschnitte aus Bundestagsreden von Gregor Gysi, Jan Korte, Jan van Aken und Jürgen Trittin angeschaut. Momente, die rhetorisch so perfekt und selten sind, wie z.B. als Gregor Gysi Wolfgang Schäuble einmal gedroht hat, die Straße in der er wohnt zu kaufen und sie in »Zum Gysi Nr. 1« umzubenennen. Der Workshop war dadurch ebenfalls sehr interessant und unterhaltsam gestaltet. Frank weiß durch seine jahrelange Erfahrung als Journalist und seine Arbeit in der Bundestagsfraktion genau, wie er seine Stimme klingen und seinen Körper bewegen muss, um Aufmerksamkeit zu bekommen. Man hört ihm einfach sehr gerne zu. Zum Schluss haben wir noch darüber geredet, wie sich Spitzenpolitiker:innen physisch und psychisch darauf vorbereiten vor vielen Menschen zu sprechen und auch da hat Frank seine Expertise eingebracht und erzählt, was er so bei verschiedenen Politiker:innen beobachtet hat.

Am Abend hat man dann bereits gemerkt, wie viel uns allen dieser Workshop gebracht hat. Das Abschlussplenum der Kommunalpolitischen Konferenz wurde als Fishbowl-Diskussion gehalten. (Bei der Fishbowl-Methode diskutiert eine kleine Gruppe von Teilnehmer:innen im Innenkreis - im »Goldfisch-Glas« - ein Thema, während die übrigen Teilnehmer:innen in einem Außenkreis die Diskussion beobachten. Möchte ein:e Teilnehmer:in aus dem Außenkreis etwas zur Diskussion beitragen, kann diese:r aufstehen und in der Mitte Platz nehmen.) Etwa zwei Drittel unseres Workshops sind aufgestanden und haben sich, trotz ihrer Ängste, an der Diskussion beteiligt. So auch ich.

Ohne lange zu überlegen, bin ich aufgestanden und habe mich an der Diskussion beteiligt, egal wie schwer es mir fiel und wie nervös ich war. Ich war ehrlich und habe zugegeben, dass es mir schwer fällt vor Menschen zu sprechen, dass Frank aber gesagt hat, wir sollen den Mut haben und es einfach tun. Hätte ich gewusst, was ich mit diesem Satz auslöse...

Ich weiß, für viele ist das vermutlich nichts Besonderes, aber für mich hat das wahnsinnig viel Überwindung gekostet. Und dass ich dafür so viel Liebe entgegengebracht bekam, hätte ich nie gedacht. Erst fing es mit Applaus an und dann sind so viele Menschen, die ich kaum bis gar nicht kannte, auf mich zu gekommen und haben mir gesagt, wie stolz sie auf mich sind. Mir wurde immer wieder gesagt, dass ich Menschen berühre, aus dem Herzen spreche und Mut gebe. Unsere lieben Genossen aus Graz von der KPÖ, die an diesem Wochenende extra nach Weimar gekommen sind, haben mir gesagt, wie stolz sie sind, dass ich mich getraut habe und dass es selbst ihnen nach jahrelanger politischer Erfahrung immer noch so geht und sie jedes Mal aufgeregt sind, wenn sie vor Menschen sprechen und dass das gar nicht schlimm ist und überhaupt kein Fehler.

Als ich dort in der Runde saß, wurde mir auch gesagt, dass ich genau da bin, wo ich sein sollte und

dass mir Frank vielleicht den Mut gegeben hat es zu tun, es aber letztendlich ganz allein ich war, die diese vielen Menschen mit meinen Worten berührt hat.

Das ist auch ein Grund weswegen ich Politik mache und den Mut haben möchte, es einfach zu tun. Ich möchte Menschen berühren und wenn man dann zu hören bekommt, dass man das schafft, indem man einfach man selbst ist, tut das verdammt gut.

Dieser Tag und dieses Wochenende haben mich so berührt und glücklich gemacht. So viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Geschichten. Es war wirklich schön sich mit Menschen aus ganz Deutschland zu vernetzen und die unterschiedlichsten Geschichten zu hören. Egal ob in den Essenspausen, beim Quizabend (bei dem meine Gruppe haushoch verloren hat - aber immerhin hatten wir Spaß), in den Workshops oder Samstagabend beim Karaoke im Mascha. Wo ich mich nebenbei ein weiteres Mal überwunden habe und mit einem Genossen aus Rheinland-Pfalz, den ich vorher noch gar nicht kannte »It's my life« von Bon Jovi geschmettert habe. (An der Stelle: Grüße gehen raus an Phil - wir waren der Hammer :D)

Menschen jeden Alters und jeder Erfahrungsstufe haben gemeinsam diskutiert und zusammen gelernt und gearbeitet. Manche, die schon seit Jahren kommunale Ämter begleiten oder andere wie ich, die sich erst noch darauf vorbereiten. Aber uns alle hat eins geeint: ein Wille gute, linke Kommunalpolitik zu machen und das Leben der Menschen zu verbessern.

Dieses Wochenende hat mir wieder einmal gezeigt, dass egal wie frustrierend Politik manchmal sein kann, es sich lohnt und einen Sinn hat weiter für ein gutes Leben für alle zu kämpfen. Ganz nach Hillary Rodham Clinton: »Never stop believing, that fighting for what's right is worth it«.

Ich habe aus diesem Wochenende sehr viel mitgenommen. Nicht nur all die lieben Worte und vielen neuen Kontakte aus ganz Deutschland, sondern auch viele Tipps für eine bessere Rhetorik. Aber das wichtigste ist, den Mut zu haben es erst einmal zu tun und sich nicht unterkriegen zu lassen. Das würde ich gern, vor allem allen jungen, engagierten Menschen mitgeben. Mir geht es selbst oft so, dass ich mich nicht in Diskussionen einmische, weil ich denke noch zu wenig Erfahrung dafür zu haben. Aber wie sollen wir Erfahrungen sammeln, wenn wir uns nicht einmischen? Also lasst es uns einfach tun - aus Überzeugung und aus der Lust heraus wirklich etwas zu verändern. Und wenn wir dabei Rückschläge einstecken müssen, ist das auch okay. Es geht dennoch immer weiter und aufzugeben ist keine Option oder wie Frank gesagt hat: »Wenn ich nicht antrete, hat der Andere schon gewonnen«.

Rückblick auf die KoPoKon23 in Weimar

von Thilo Schwarz



Gemeinsame Runde auf der KoPoKon. Bild: Linda Laub

»Kommunalpolitik ist eben das Herz einer jeden Partei und auch die Visitenkarte nach außen«, betonten die Genossen aus Graz.«

Vom 15.–17. September war das mon ami und die Volkshochschule in Weimar Treffpunkt der diesjährigen kommunalpolitischen Konferenz (KoPoKon23), einer gemeinsamen Veranstaltung von regional zum Thema Sozialpolitik engagierten Genoss:innen und Freund:innen der Linken, der Rosa-Luxemburg Stiftung, sowie der Thüringengestalter aus Erfurt.

Als Vertreter des Weimarer Vereins »SozialtransFair« durfte ich als »Neuling« an dem diesjährigen Forum teilnehmen.

Besonders der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung mit Aktiven aus dem gesamten Bundesgebiet und den beiden Gästen aus Österreich, welche mit der KPÖ in Graz aktuell die Kommunalpolitik voranbringen, wird für alle Teilnehmer nachwirken.

Neben vielen speziellen Workshops zur effizienten und wirksamen kommunalpolitischen Arbeit standen auch Stadterkundungen durch Weimar und Exkursionen ins Umland auf dem Plan. Neben einer Exkursion zur Gedenkstätte Buchenwald stand auch ein Ausflug nach Erfurt auf dem Plan, in dem Katja Maurer zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung

informierte oder in den Forst Willrode, um sich mit dem Waldsterben auseinander zu setzen.

Vor allem aber gab es jede Menge Raum für Vernetzung, Austausch und gegenseitige Unterstützung. Der Workshop »Umgang mit rechten Vertreter:innen in kommunalen Gremien« bot wichtige Hilfestellungen, so konnten alle von verschiedenen Erfahrungen aus unterschiedlichen Kommunen und Landkreisen profitieren.

Beim Argumentations- und Medientraining und beim Workshop zu Online-Öffentlichkeitsarbeit konnten wir Teilnehmende unsere Kompetenzen mit der Nutzung sozialer Medien durch ein konzentriertes Miteinander erweitern und viel voneinander lernen bzw. auch sofort in die Praxis umsetzen.

»Kommunalpolitik, das ist heute früh schon gesagt worden, ist eben das Herz einer jeden Partei und auch die Visitenkarte nach außen«, betonten die Genossen aus Graz. Gerade über ihre kommunalpolitischen Erfolge sind sie dort dabei, die Partei von unten wieder politisch relevant zu machen, wozu in deren Arbeit dort in Graz auch ein starkes gewerkschaftliches Standbein gehört.

Mein Blickwinkel auf Bad Berka

von Udo Nauber

Hallo, ich bin Udo und mit Ende dieser Wahlperiode bereits 10 Jahre im Stadtrat und gewählter Beigeordneter der Stadt Bad Berka. Ich habe einen Sohn und bin Ingenieur im Bauwesen.

Mein Heimatort Bad Berka ist ein Kurort mit Heilquellenbetrieb mit 7667 Einwohnern. Er hat zwei Grundschulen, ein Gymnasium und eine Regelschule sowie ein großes Krankenhaus und eine Reha Klinik. Bad Berka liegt zentral zwischen Erfurt und Jena in nächster Nähe zu Weimar und ist damit ein idealer Standort für Familien. Die Mieten sind noch erschwinglich und man ist direkt an die großen Städte angebunden. Dies spiegelt sich auch in unserer Einwohnerstatistik wider, junge Familien ziehen gern nach Bad Berka.

Im Kontrast dazu absolvieren Jugendliche ihre Schulausbildung und verlassen Bad Berka, da es an Ausbildungsplätzen und guter Perspektive für angemessene Entlohnung in der Zukunft fehlt. Sicher gibt es Ausnahmen. Während statistisch in den nächsten Jahren bei gleichbleibendem Trend der Altersdurchschnitt rapide wächst.

Die Herausforderungen liegen auf der Hand. Es gilt familiäre Sicherheit und ein ausgefülltes Leben im Alter zu gewährleisten.

Ich bin eine Ausnahme. Ich bin hier zur Schule gegangen und als Absolvent der Bauhaus-Universität Weimar in Bad Berka geblieben. Seit über 12 Jahren bin ich selbstständig, so alt ist auch mein Sohn. Mittlerweile bin ich Arbeitgeber für 11 Angestellte in den verschiedensten Vorhaben.

Meine Kindheit in Bad Berka und Umgebung war wunderschön, gern erinnere ich mich zurück an die vielen Kinderfeste und die abgesicherte strukturierte Bildung und Förderung. Heutige Elternabende von meinem Sohn sowie Einblicke in seinen schulischen Alltag verwundern mich häufig. Im letzten Elternabend wurden wir informiert, dass es kein Sportfest der Schule geben wird. Es sind zu wenig Schultage dieses Jahr. Notwendige Bewegung wird kaum Achtung geschenkt. Sportlehrer fehlen, so dass die Jugendlichen als Vertretung z.B. ein Schuljahr Videos schauen. Der allgemeine Lehrermangel führte letzte Woche dazu, dass mein Sohn spontan Schulfrei bekam. Die Klassen wechseln sich ab um Home Schooling zu haben, da der Unterricht nicht durchgehend gewährleistet werden kann.

Einen Kampf haben wir als Linke/SPD Fraktion fast durchgestanden. In Bad Berka wird gerade eine neue Grundschule gebaut. Die bisherige Schule ist zu klein. Fast 20 Jahre wurde dafür gekämpft. Die Weichen für einen Schulcampus von Grundschule und Gymnasium sind also gestellt.

Mich musste man erst überreden sich für den Stadtrat aufstellen zu lassen. Zu abschreckend war es die Unzufriedenheit der Älteren zu erleben und selbst politisch auch Farbe öffentlich zu bekennen.

Ich war vor 10 Jahren der jüngste Stadtrat und heute bin ich es immer noch. Die Gremienarbeit für meinen Heimatort ist herausfordernd. Sie gibt mir jedoch auch das Gefühl meinem Heimatort die wundervolle Kindheit und Jugend zurück zu zahlen.



Der Goethe-Brunnen in Bad Berka am Park. Bild: Udo Nauber

Mit dem Ausschuss auf »Klassenfahrt«

von Kevin Reichenbach

Ausschusssitzungen können ziemlich anstrengend und langatmig sein. Oft bestehen sie aus dem eintönigen Abnicken verschiedener Vorlagen der Landkreisverwaltung, mit denen einfach gesetzliche Vorgaben umgesetzt werden. Bei den Diskussionen zu kontroverseren Tagesordnungspunkten darf man sich dann die überheblichen und oft belehrenden Aussagen der CDU anhören. Dazu kommen dann noch die Ergüsse von Rechtsaußen, die vor Dummheit meist nur so strotzen, dass man nicht weiß, ob man darüber lachen oder doch eher weinen sollte.

Ab und zu verlassen die Ausschüsse aber auch mal ihre gewohnte Umgebung und machen Außentermine. Meist sind es Besichtigungen von Firmen und Einrichtungen, aber auch von Baustellen, deren Bauträger der Landkreis ist. Alle zwei Jahre begeben sich die Mitglieder des Bau- und Vergabeausschusses und des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses gemeinsam auf eine Reise durch den Landkreis Weimarer Land zur sogenannten Kreisstraßenbereisung. Hierfür wird extra ein Bus der Personenverkehrsgesellschaft mbH Weimarer Land gechartert und nach einer vorher vom Bauamt festgelegten Route der Landkreis bereist und verschiedene Stellen besichtigt. Hierbei geht es nicht nur um bestehende, sondern auch um vergangene und künftige Baumaßnahmen.



Constanze Kubitz und Kevin Reichenbach auf der Baustelle des Ersatzneubaus der Grundschule Bad Berka. Bild: Kevin Reichenbach



Bahnhofshalle in Apolda. Bild: Constanze Kubitz

Am Samstag, den 16. September 2023 war es wieder so weit. Pünktlich um 9 Uhr trafen sich die Mitglieder des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses vor dem Landratsamt in der Apoldaer Bahnhofstraße. Die Mitglieder des Bau- und Vergabeausschusses waren bis auf die Vertreterin der Fraktion DIE LINKE, Constanze Kubitz, nicht vor Ort, weil der Ausschussvorsitzende es nicht für nötig gehalten hatte, seine Ausschussmitglieder zur Kreisstraßenbereisung einzuladen. Er wollte damit dagegen protestieren, dass ihm der Termin, der bereits seit mehreren Monaten feststand nicht genehm war und er selbst nicht daran teilnehmen konnte. So war Constanze die Einzige, die ihrer Verantwortung nachkam und das am Ende sogar ohne dafür eine Aufwandsentschädigung zu erhalten.

Gegen 9:15 Uhr begab sich die Gruppe auf die Reise, zu der neben den Kreistagsmitgliedern die Beigeordnete des Landkreises, der Bauamtsleiter und das Kreistagsbüro gehörten. Wie wir das von unseren Gesamtmitgliederversammlungen gewohnt sind, hat sich Constanze auch hier um die Verpflegung der Gruppe – gemeinsam mit der Beigeordneten – gekümmert. Es gab Kaffee, Kuchen und auch etwas Herzhaftes.

Unsere erste Teilstrecke führte uns von Apolda aus über Stobra, Isserstedt und Kleinschwabhausen nach Lehnstedt. Dort besichtigten wir die im Jahr 2023 fertiggestellte K306. Weiter ging es über Magdala und das »Synderstedter Tal« zum Blankenhainer Ortsteil Lotschen. Hier wurde zur Freude der Anwohner:innen nach vielen Jahren der Versprechungen endlich die Ortsdurchfahrt (K308) saniert. Hier durften wir auch das erste Mal aus dem Bus aussteigen und uns die Ergebnisse direkt ansehen. Über Blankenhain und Kranichfeld führte uns der nächste Abschnitt bis nach Tonndorf. Hier wurde die K311 zwischen dem Abzweig der L1052 bis nach Tonndorf saniert. Die Sanierung des Abschnittes von Tonndorf bis nach Tiefengruben befindet sich derzeit in der Planung. Den nächsten Stopp hatten wir dann in Bad Berka, wo wir erst Baustelle des Ersatzneubaus der Grundschule am Siedlerweg besichtigen und uns von den Fortschritten überzeugen konnten. Das langersehnte Bauprojekt nimmt allmählich Formen an. Danach fuhren wir mit dem Bus bis zum Parkplatz am Zeughaus in Bad Berka, wo wir erst einmal Rast machten. Immerhin waren wir nun schon über zwei Stunden unterwegs.

Nach der angenehmen Frühstückspause ging es dann von Bad Berka aus nach Mellingen. Hier machten wir eine kleine Pause in der Gemeindeverwaltung und begaben uns dann weiter über Umpferstedt nach Ulrichshalben. Hier wurde die Ortsdurchfahrt (K102) saniert und 2022 fertiggestellt. Über Liebstedt und Großobringen ging es weiter nach Heichelheim. Hier ist die Sanierung der Ortsdurchfahrt (K504) derzeit in Planung. Über Ramsla führte uns der nächste Abschnitt nach Krautheim. Hier wird die K304 zwischen Krautheim und Haindorf derzeit saniert. Der Baubeginn war im Oktober. Nachdem wir uns hier aufgrund der Sperrung der Straße tatsächlich ein wenig verfahren hatten – wir kamen in Großbrennbach im Landkreis Sömmerda raus – fuhren wir über Buttelsstedt und Liebstedt nach Pffiffelbach. Hier besichtigten wir den fertiggestellten Anbau an der Grund- und Regelschule. Der letzte Abschnitt führte uns dann von Willerstedt und die 2022 fertiggestellte K112 über Gebstedt und Rannstedt nach Mattstedt. Hier ist die Sanierung der K111 zwischen der B87 und der Ilmbrücke in Mattstedt geplant. Über Zottelstedt ging es dann zurück nach Apolda, wo der Tross nach gut 160 Kilometern gegen 15:00 Uhr wieder ankam.

Es ist immer gut, auch mal die Dinge live zu erleben, über die man sonst nur in den Ausschüssen berät, gerade auch um sich davon zu überzeugen, wie notwendig die ein oder andere Baumaßnahme ist. Gleichzeitig ist so eine Kreisstraßenbereisung auch eine nette Abwechslung zum normalen Ausschussalltag.

» Alle zwei Jahre begeben sich die Mitglieder des Bau- und Vergabeausschusses und des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses gemeinsam auf eine Reise durch den Landkreis Weimarer Land zur sogenannten Kreisstraßenbereisung. «

Klimaschutz und steigende Preise

von Ralph Lenkert



Herderzentrum in Weimar. Bild: Ulrike Grosse-Röthig

Die Wissenschaft hat sich beim Klimawandel verrechnet – das ist Tatsache, aber leider keine gute Nachricht, denn der Klimawandel schreitet schneller voran als in den düstersten Prognosen angenommen. Aber statt Normen und Gesetze festzulegen, um den CO₂-Ausstoß wirksam und gerecht zu senken, setzt der Zeitgeist auf »Markt«. Brutal gesprochen: Jeder darf die Umwelt so sehr zerstören, wie er bezahlen kann. Jede Erhöhung des CO₂-Preises führt zur Verteuerung von Mieten, Heizen, Mobilität, Stromkosten und auch zu höheren Müllgebühren. Die Ärmsten, die einen Pro-Kopf CO₂-Ausstoß haben, welchen die Erde ohne Erwärmung ertragen würde, die werden mit teuren CO₂-Preisen in existenzielle Not getrieben. Das reichste 1 % der Bevölkerung, welches 17 % des CO₂-Ausstoßes verursacht, kann jeden CO₂-Preis bezahlen und braucht sich dabei nicht einzuschränken. Emissionshandel an der Börse: da freuen sich Hedgefonds und Spekulant:innen und die Bevölkerung hat Pech. Wegen der extremen sozialen Schieflage hat DIE LINKE Emissionshandel und eine CO₂-Steuer abgelehnt.

Leider wurden unsere Befürchtungen real: die CO₂-Steuer wurde beschlossen, aber das Klimageld als Entlastung für kleine und mittlere Einkommen kommt nicht. So zerstört die Bundesregierung Vertrauen und Akzeptanz für Klimaschutz. DIE LINKE fordert die sofortige Einführung eines Klimageldes, welches bei der Mehrheit die direkten und indirekten Preissteigerungen durch CO₂-Preise komplett ausgleicht. Die reichsten 10 % brauchen keinen Ausgleich, mit deren Klimageldanteil wollen wir Klimaangepasstung und Klimaschutz in den Kommunen bezahlen und auch das 49-Euro-Ticket dauerhaft finanzieren.

Klimaschutz genießt Verfassungsrang, damit den nächsten Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen wird. Im Grundgesetz steht im Artikel 14 Absatz 2: »Eigentum ... soll ... dem Wohle der Allgemeinheit dienen.« Es ist gerecht und von der Verfassung gedeckt, wenn die großen Vermögen und Einkommen zur Finanzierung des Klimaschutzes herangezogen werden. Aber auch neue Regeln sind nötig, wie eine Finanztransaktionssteuer, die zu Mehreinnahmen führt und für eine echte Kindergrundsicherung verwendet werden könnte. Die aber als Nebenfolge den spekulativen Hochfrequenzhandel an der Börse einschränkt, womit wiederum Hochleistungsrechner und Millionen Kilowattstunden Strom eingespart wären. Es bleibt dabei: Eine CO₂-Steuer ohne sozial gerechte Entlastung lehnt DIE LINKE ab.

Kommunale Wärmeplanung als ersten Schritt

Wer Klimaschutz beim Heizen verhindern wollte, der hätte das Heizungsgesetz wie die Ampel vorangetrieben. Wie hätte es DIE LINKE besser gemacht? Zuerst hätten wir eine kommunale Wärmeplanung beschlossen. Man muss doch langfristig wissen: Kommt Fernwärme oder nicht? Wann ist das Stromnetz fit genug für elektrisches Heizen? Gibt es Biomassealternativen und in welchen Zeiträumen erfolgt die Umsetzung?

Dann hätten wir das Förderprogramm für neue Heizsysteme mit folgenden Punkten beschlossen: Förderung auf Grundlage der kommunalen Wärmeplanung, eine garantierte Warmmietenneutralität, ein Unterstützungsprogramm für Wohnungsunternehmen und eine Förderung für selbst genutzte Häuser und Wohnungen nach Einkommen. Wer wenig Einkommen hat, würde 95 Prozent Förderung erhalten, 4-Personenhaushalte mit 75.000 € erhielten im Jahr 80 Prozent und wer über 250.000 € im Jahr bekommt, würde keine Förderung erhalten. Bis 2030 hätte man mit diesen zwei Instrumenten einen starken Anreiz gesetzt, das Heizen klimaneutral zu gestalten.

Leider hat die Bundesregierung erst die verpflichtende Heizungsumstellung beschlossen, dann die kommunale Wärmeplanung bis 2028 und über das Förderprogramm wird noch immer gestritten. Die Wärmepläne sollen jetzt bis 2028 fertig werden. Ob das angesichts der Geldknappheit der Kommunen und des Mangels an Fachpersonal klappt, ist mehr als fraglich. Eine verpflichtende Einbeziehung von Stadtwerken und lokalen Energieversorgern bei der Wärmeplanung spart Zeit und Kosten. Die lokal ansässigen Energieversorger kennen ihre Kommune, kennen den Zustand und die Kapazitäten ihrer Strom-, Gas- und Wärmenetze. Dies externen Projektbüros zu überlassen, wäre ineffizient und teuer, da sie sich die Daten erst beschaffen und durcharbeiten müssten.

Konkrete Maßnahmen für das Leben in der Kommunen

Täglich werden in Deutschland 75 Fußballfelder oder 72 Hektar zugebaut. Das bedeutet: mehr Aufheizen bei Sonne, höhere Hochwasserstände, weniger Grundwasserneubildung. Trotzdem erhalten die Kommunen beim Pflastern von Flächen mehr Fördermittel als für neue Grünanlagen. Dies umzukehren, kostet wenig.

Und wenn wir bauen, müssen wir Normen und Vorschriften zügig an zukünftige Wetterextreme anpassen und entsprechend bauen. Verrohrte Bäche, zu knappe Regenkanalisation nach veralteten Baunormen bewirken nach Starkregen unnötige Schäden.

Wasser wird in naher Zukunft an vielen Orten häufig ein rares Gut werden. Wasserentnahmen von Industrie und Landwirtschaft müssen an vorhandene Wassermengen angepasst werden, sonst wird Wasserrationierung zur Dauerrealität. Wir brauchen endlich eine umfassende Wasserstrategie im Interesse der Menschen, die auch umgesetzt wird und nicht nur wertlos auf dem Papier steht.

Die Hitze in Innenstädten nimmt zu. Ein Aufenthalt an manchen Orten ist im Sommer unerträglich, Frischluftschneisen werden mit neuen Hochhäusern blockiert, Stadtgrün wird wegen Bauverdichtung zerstört. Die Bauplanung muss sicherstellen, dass dies nicht mehr vorkommt. Hellere Bauten, mehr Grün, mehr Schatten müssen zum Standard in den Städten werden.



Wärmeplanungen zeigen welche Heizart die günstige vor Ort ist. Bild: wilhei@Pixabay

Soziale Raketenwissen- schaft statt nur Netze

von Michel Triemer

Zuletzt auf der GMV sprach mich ein Genosse auf den Sinn der Mindestquotierung im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit an, während mehrere Plätze im Vorstand immer wieder unbesetzt bleiben. Ich kann nachempfinden, dass es mitunter hilflos und konstruiert wirkt, es hat aber den Effekt, auch männlich gelesene Genoss:innen dazu anzureizen, Frauen im Sinne der Satzung zu fördern. Es soll also zunächst außerordentlich Kraft aufgewendet werden, damit auch benachteiligte Genoss:innen die Möglichkeit haben, selbstständig Verantwortung auch in höchster Stellung zu übernehmen.

Moment: weiblich gelesene Genoss:innen sollen benachteiligt sein? Aber es ist doch alles gleich für sie geregelt und was schiefeht, kann Männern genauso passieren! – ein Fehlschluss, den ich als ehemals liberal irreführter Mensch noch gut kenne und über dessen Breite gesellschaftliche Berichtigung ich seitdem oft nachdenke:



Genosse Movassat gibt sozialen Netzen als Spiderman ein technisches Update, aber geht's vielleicht noch krasser? Bild: Michel Triemer

Im Sozialkundeunterricht am Thüringer Gymnasium wurde das Bild von Netzen als Gleichnis zum Sozialsystem von Staaten gelehrt, die versuchen, Armut zu verhindern. Die meisten Fälle (interessantes Wort) werden also auf gewissen Höhen aufgefangen, dabei variiert die Maschenweite der Fangnetze. Ziel ist es, möglichst viele Fälle vom Boden abzuhalten. Tatsächlich folgt der Aufbau in der BRD diesem Schema: bei den meisten greift eher später als früher ein Netz, das dann auf minimalem Niveau gehalten wird. Wer also ganz am Boden schaut, wird wenig finden. Dass dieser Ansatz nicht nachhaltig gelingt, liegt am irreführenden und kurzsichtigen Modell der Netze. In Vorbereitung auf eine Veranstaltung des Frauenzentrums Weimar habe ich den Begriff »Intersektionalismus« gelernt und durch die og. Anfrage des Genossen ist mir aufgefallen, wie stark sich dieses Konzept und das Bild von sozialen Netzen gegenseitig ausschließen. Wesentlich näher an der Realität wäre es demnach, anzunehmen, dass je Person individuelle Kombinationen abwärtsziehender Kräfte »zwischen einander verschneidend« (frei übersetzt »intersektional«) wirken, sich dabei zumindest summieren und oft sogar zu weiteren Lasten aus ihrer Gleichzeitigkeit heraus führen. Das Zahlenverhältnis der Geschlechter in der Partei zeigt: die Eigenschaft »Frausein« reicht allein nicht mehr, um politische Aktivität gänzlich auszuschließen, aber in Zusammenarbeit mit weiteren Faktoren wie Armut, die Männer augenscheinlich auch trifft, wird es viel wahrscheinlicher, dass bei auch nur geringfügigen sexistischen Benachteiligungen, z.B. weil zusätzliche finanzielle, psychische und zeitliche Lasten auftreten, ein Abwärtssog über den Punkt der Bewältigbarkeit hinaus entsteht. Leider müssen das Nicht-Betroffene einfach gut begründet glauben, zu ihrem Glück können sie es immerhin nicht erfahren. Weder bei Armut noch politischer Teilhabe reicht es, Menschen schlicht oberhalb des Tiefpunkts aufzufangen. Stattdessen brauchen Benachteiligte genug Anschlag, um wieder wirksam zu werden. An die Stelle sozialer Netze muss also ein solidarischer Raketenantrieb treten; mit genug geballter Gegenkraft, um Personen aus Abwärtskräften heraus in stabile Laufbahnen hineinzubringen. Bevor jedoch Raketenwissenschaft Netze überflüssig machen kann, haben wir nichts Besseres und Abschaffen wäre gleichbedeutend mit Fallenlassen.

Eine Kurstadt und ihr Erbe

von Lena Sanije Güngör et.al.

In der Louis-Braille-Straße der Kur- und Wein-
stadt Bad Sulza, in unmittelbarer Sichtweite des
Bahnhofs befindet sich ein altes, stark herunter-
gekommenes Haus inmitten eines zugewucherten
Gartens. Das Gebäude ist das ehemalige Kurhotel
»Zum Großherzog von Sachsen«, das 1864 eröff-
net worden war und seine Blütezeit bis Ende des
19. Jahrhunderts erlebte. Damals war es noch »das
beste Haus am Platz« gewesen, später wurde es u.a.
als Lazarett im Ersten Weltkrieg, für Wohnraum und
als Niederlassung kleinerer Betriebe genutzt. Was
nicht ganz so viele wissen: vom 2. November 1933
bis zum 9. Juli 1937 beherbergte es das Konzentra-
tionslager Bad Sulza.

Das KZ Bad Sulza war eines der frühen Lager und
unterstand anfangs dem Thüringer Innenministe-
rium, später der SS und der Inspektion der Konzen-
trationslager (IKL) und war das direkte Vorgänger-
lager des KZ Buchenwald. Schätzungsweise 850
Menschen waren in den dreieinhalb Jahren des Be-
stehens des KZs in Bad Sulza inhaftiert, darunter
viele Kommunist:innen und Sozialdemokrat:innen,
aber auch Jüdinnen und Juden, Zeug:innen Jehovas
und andere politisch Verfolgte. Sie wurden einge-
sperrt, gefoltert und gedemütigt.

In den vergangenen Monaten haben Lena Sanije
Güngör, Elisa Paschold und Kevin Reichenbach in-
tensiv zu dieser Thematik recherchiert. Die Ergeb-
nisse dieser Spurensuche wurden in der Publikation
»Eine Kurstadt und ihr Erbe. Das ehemalige Kon-
zentrationlager in Bad Sulza« zusammengetragen,
welche am 11. Dezember 2023 in Kooperation mit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen erschie-
nen ist. Neben der Geschichte des KZ Bad Sulza im
Kontext der Etablierung des Nationalsozialismus
und im städtischen Alltag legt die Publikation den
Fokus insbesondere auf die Opferbiografien und will
die bereits bekannten Namen der Inhaftierten in die
Sichtbarkeit holen. Gleichzeitig beschäftigt sie sich
mit der Frage, welche Formen der Erinnerung und
des Gedenkens gelebt werden sollten. Welche Ver-
antwortung hierbei unter anderem bei der Stadt Bad
Sulza und der Lokalpolitik liegt.

**»Das KZ Bad Sulza war eines der frühen Lager und
unterstand anfangs dem Thüringer Innenministerium,
später der SS und der Inspektion der Konzentrations-
lager (IKL) und war das direkte Vorgängerlager des
KZ Buchenwald.«**



Cover der Publikation »KZ Bad Sulza«. Grafik: Rosa Luxemburg Stiftung

Die Publikation ist als digitale Version auf der Seite
der RLS Thüringen abrufbar. Wer gern eine gedruckte
Ausgabe haben möchte, wendet sich bitte über
info@ls-guengoer.de an das Wahlkreisbüro von
Lena Sanije Güngör.

Kommunalwahl 2024



Kommunalpolitik ist das Rückgrat unserer Demokratie. Hier wird über das wirkliche Leben entschieden. Über das, was uns alle angeht, was direkt vor der eigenen Haustür passiert. Im Frühjahr nächsten Jahres finden in Thüringen die Kommunalwahlen statt. Neu gewählt werden Stadt- und Gemeinderäte für die nächsten 5 Jahre. Werde Teil unserer LINKEN Thüringer Familie und engagiere dich in deinem Viertel. Wenn dir soziale Gerechtigkeit und ein buntes, offenes Viertel am Herzen liegen, laden wir dich herzlich ein auf unseren Listen für verschiedene kommunale Ämter zu kandidieren. Mit oder ohne Parteimitgliedschaft, mit oder ohne Vorwissen – Wir begleiten dich auf dem Weg in die Kommunalpolitik.

Interesse geweckt? Dann fülle das Formular unter <https://www.die-linke-thueringen.de/kommunalwahl/> aus! Für weitere Fragen rund um das Thema kontaktiere uns gern per Mail: kommunal@die-linke-thueringen.de



»Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit. Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung. Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.«

L'Ordine Nuovo, 1919

Antonio Gramsci
(* 22.01.1891, † 27.04.1937)

Redakteur der rätekommunistischen Zeitung L'Ordine Nuovo, Mitgründer und später Vorsitzender der kommunistischen Partei Italiens. Von 1928 bis kurz vor seinem Tod saß er in faschistischer Gefangenschaft. In dieser Zeit verfasste er die inzwischen berühmten »Gefängnishefte«.



Redaktion: DIE LINKE. Apolda-Weimar

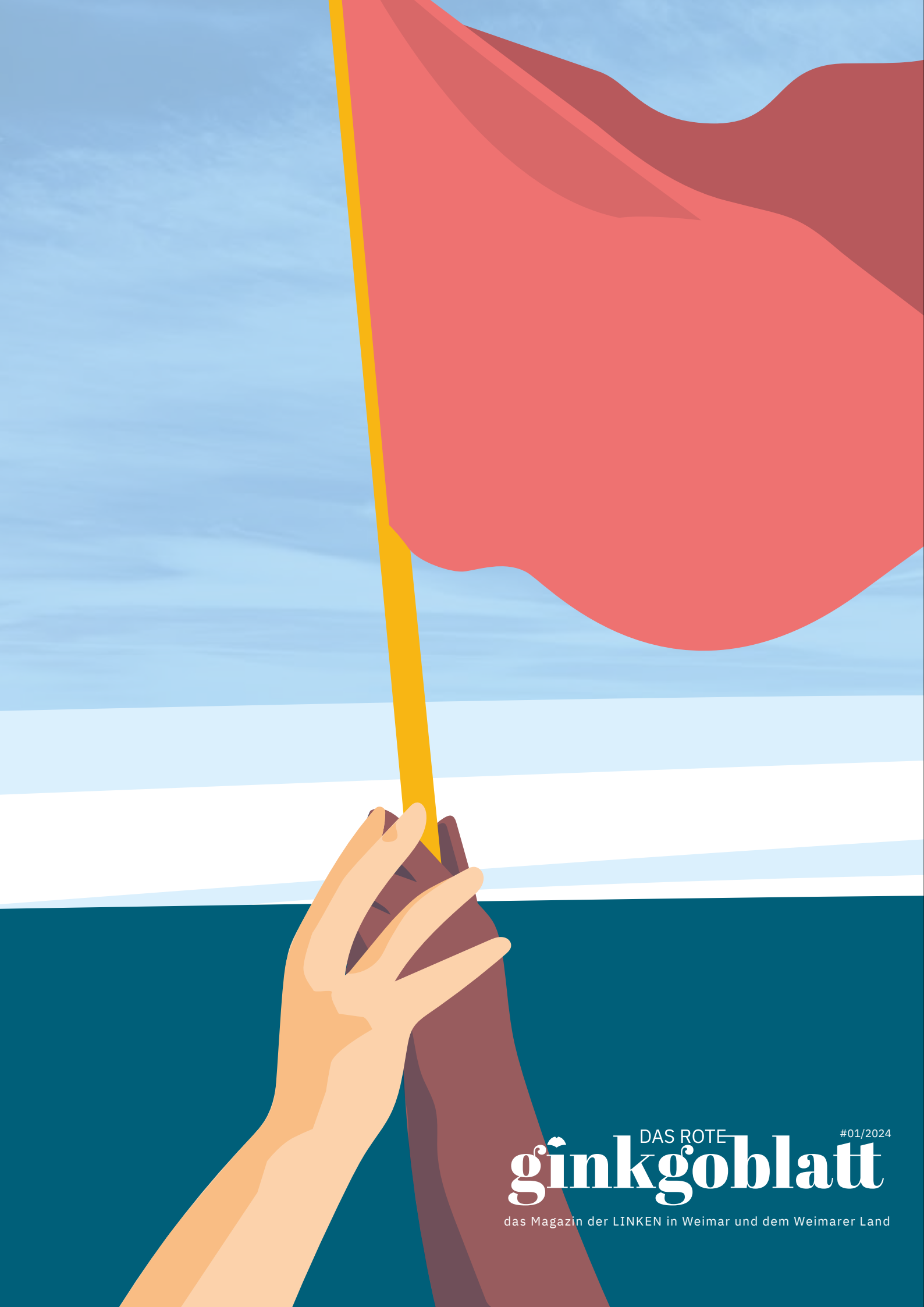
Redaktionsschluss: 15.12.2023

Auflage: 750 Stück

Druckerei: Druckerei Schöpfel GmbH Weimar

Gestaltung: Hannah Meyer

Januar 2024



DAS ROTE ^{#01/2024}
ginkgoblatt

das Magazin der LINKEN in Weimar und dem Weimarer Land